

Riesauer Tageblatt

Verantwortl. Schriftl.
Tageblatt Riesa,
Ferienstr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Girokonto:
Riesa: Nr. 52.

Nr. 115.

Donnerstag, 18. Mai 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterrichtsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutschland einig in Schicksalsfragen.

Ungeheurer Eindruck der Rede Hitlers in der ganzen Welt.
Stärkste Wirkung in Genf.

Schluß des Wortlautes der großen Reichstagsrede Adolf Hitlers.

Ferner wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet.

Diese Forderungen bedeuten nicht eine Aufrüstung, sondern ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten. Ich begrüße dabei noch einmal namens der deutschen Regierung den so weitläufigen und wichtigen Plan des italienischen Staatschefs, durch einen besonderen Pakt ein enges Vertrauens- und Arbeitsverhältnis der vier europäischen Großmächte England, Frankreich, Italien und Deutschland herzustellen. Der Auffassung Mussolinis, daß damit die Brücke zu einer leichteren dauernden Verständigung geschlagen werden könnte, stimmt die deutsche Regierung aus innerster Überzeugung zu. Sie will das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Überwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt sind.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Hebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Prüfung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. (Lebhafte Beifall.) Sie ist bereit, sich an diesem Werke der Juordnungsbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt eigenmächtig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon eingangs betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern. (Lebh. Beifall und anhaltendes Händeklatschen.) Ich fühle mich verpflichtet festzustellen, daß der Grund für die heutigen Abfälligkeiten Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt Deutschland überhaupt nicht, weder schwere Artillerie, noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgas. Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist daher die deutsche (stärkste Zustimmung), der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beseitigt und auch die Anlage von Grenzbesetzungen unterlagte. Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn die übrige Welt ein gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern es denkt nur an seine Sicherheit. Deutschland würde die in dem Vorschlag des Präsidenten Hoover angebotene Möglichkeit begrüßen, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen. Dieser Vorschlag bedeutet eine große Verhängung für alle, die an der anständigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen. (Beifall.) Wir aber haben keinen schuldigen Wunsch, als dazu beizutragen, daß die Banden des Krieges und des Versailles-Vertrages endgültig gelöst werden. Deutschland will keinen anderen Weg dabei gehen als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt ist. Die deutsche Regierung wünscht sich über alle schwierigen Fragen mit den anderen Nationen friedlich aneinander zu setzen. Es weiß, daß jede militärische Aktion in Europa auch bei deren völkischem Gelingen, gemessen an den Opfern, in seinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgend einer Unter-schrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Diskualifizierung Deutschlands bedeuten würde. (Stürmischer langanhaltender Beifall im Saal und auf den Tribünen.) Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral verewaltigt, aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte. (Erneuter Beifall.) Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzudrohen, so könnte ein solches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Abrüstung die Erfüllung der Verträge verlangen. (Zustimmung.) Ein solcher Vorgang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Unterwerfung der Verträge selbst führen. (Erneute Zustimmung.) Deutschland würde aber auch in dem Falle seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, seien zur Verantwortung bereit, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zuleide tut, mit solchen Mitteln kämpft.



Reichstagskanzler Adolf Hitler vor dem Deutschen Reichstag.

Eine Aufnahme des Kanzlers während seiner Rede vor den Reichstagsabgeordneten in der Kroll-Oper.

ten. (Beifall.) Jeder solche Versuch, jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einseitigen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle keine Mitarbeit den anderen Nationen nicht anzukündigen zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. (Erneuter harter Beifall.) Als dauernd finanziertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbunde anzugehören. (Stärkter Beifall.) Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sehen die Krise der heutigen Zeit. Jahrelang ist von Deutschland aus vor den Völkern gewartet worden, die zu diesem politischen und wirtschaftlichen Ergebnis führen mußten.

Wenn auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden weiter vorgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. Nach überlängten politischen Erfolgen einzelner Nationen werden uns schwerere wirtschaftliche und damit politische Katastrophen für alle die Folge sein. Sie zu vermeiden sehen wir als erste und oberste Aufgabe an. Bisher ist wirksames dagegen nicht unternommen worden. Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutschland sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, so haben wir die Folgen und Auswirkungen dieser „Sympathien“ in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennengelernt. (Sehr gut.) Seit dem Friedensvertrage von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Elend erfahren, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann. Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen — ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

Seit dem Tage der Unterzeichnung des Vertrages, der als Friedensvertrag der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich, so rief der Kanzler mit Nachdruck aus, in unferem deutschen Volke — fast nur aus Not und Elend — 24 900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen, Männer und Frauen, Greise und Kinder! (Lebhafte Zustimmung.)

Diese unbeschreiblichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland sich Heil und Segen versprochen haben. Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerträglichsten Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer endlichen Vers-

ständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Nachdem der Kanzler geendet hat, erhoben sich die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion von ihren Plätzen und bringen immer wieder stürmische Beifälle auf den Kanzler aus.

Reichstagspräsident Göring:

Männer und Frauen des Deutschen Reichstages! Durch die Initiative der Parteien des deutschen Reichstages ist mir folgende (von uns gestern bereits veröffentlichte)

Entschließung

zugegangen, die ich hiermit zur Verlesung bringe:

„Die Fraktionen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrum und der Bayerischen Volkspartei haben folgende Entschließung eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Der Deutsche Reichstag als die Vertretung des deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung.“ (Stürmischer Beifall.)

Männer und Frauen, so fährt der Reichstagspräsident fort, wir kommen jetzt zur Abstimmung über diese Entschließung. Diejenigen Abgeordneten, die dieser Entschließung beitreten wollen, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben.

Es erheben sich sämtliche Reichstagsabgeordneten, so daß die Entschließung einstimmig angenommen ist.

Stürmischer Beifall durchbricht das Gese. Auch Reichskanzler Hitler beteiligt sich am Händeklatschen.

Die nationalsozialistische Fraktion stimmt das Deutschland an, das von allen Fraktionen und von allen in dem überfüllten Saal Anwesenden begeistert mitgenommen wird.

Im Anschluß daran erklärt Reichstagspräsident Göring, er habe dem, was sich im Reichstag soeben ereignet, nichts mehr hinzuzusetzen.

Die Welt, so rief der Reichstagspräsident, hat gesehen, daß das deutsche Volk einig ist, wenn es sein Schicksal gilt. Der Präsident schließt damit die Reichstagsitzung.

Die Nationalsozialisten laugen noch das Wort-Wechsel-Rede, ehe sie den Sitzungssaal verlassen.

Am Schluß der Reichstagsitzung stellt Präsident Göring noch fest, daß im Protokoll vermerkt wird, daß die Annahme der Entschließung einstimmig durch sämtliche Parteien erfolgt ist.